

STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:
Tel.: 0 62 21 - 519 56 00
E-Mail: stadtreddaktion@rnz.de

Weinkelter samt Sockel gestohlen

Wie wog 250 Kilogramm – Zeugen in Rohrbach gesucht

shy. Unbekannte haben den Teil einer Kunstinstallation gestohlen, die im Soldatenweg in Rohrbach auf dem Weinwanderweg stand. Am Montagabend erreichte Larissa Winter-Horn, Vorsitzende vom Obst, Garten und Weinbauverein Heidelberg-Rohrbach, die traurige Nachricht. „Es handelt sich um eine alte Weinkelter, wie sie früher benutzt wurde“, sagte Winter-Horn gegenüber der RNZ. Die Diebe stahlen sie mitsamt Betonsockel. Insgesamt bräuchte das Kunstwerk etwa 250 Kilogramm auf die Waage. Im Verein hatte man zunächst noch die Hoffnung, dass das gute Stück lediglich den Abhang runtergestoßen wurde. „Das ist uns auch schon mit Bänken passiert“, so Winter-Horn.

Inzwischen sei aber klar, dass die Kelter weg ist. Die herzförmige Konstruktion mit Weinreben, die in direkter Nähe steht, ließen die Diebe hingegen zurück. Allerdings wurde auch hier der Sockel teilweise kaputtgemacht. Außerdem gebe es vor Ort noch weitere Vandalismusschäden. Eine Informationstafel wurde mit lilafarbenem Graffiti besprüht und jemand habe Feuer gemacht, berichtete Winter-Horn. Nun ermittelt auch die Polizei und bittet Zeugen, die Hinweise geben können, sich an das Polizeirevier Heidelberg-Süd, Telefon 06221 / 34180, zu wenden.



So sieht sie aus, die Kelter samt Sockel. Wanderer nutzen sie gern zur Rast in den Weinbergen. Foto: Brigitte Zimmermann-Petrullat



Das ehemalige Gefängnis „Fauler Pelz“ mitten in der Altstadt. Im Streit um dessen Nutzung hat Sozialminister Lucha gegen die Stadt nun einen Etappensieg errungen. Foto: Philipp Roth

„Fauler Pelz“: Regierungspräsidium Karlsruhe will Gemeinderat überstimmen

Stadt darf Bauantrag des Landes für Ex-Gefängnis dann nicht zurückstellen – Bürgermeister Odszuck: „Inhaltlich schwer nachvollziehbar“

Von Sebastian Riemer

Rückschlag für die Stadt in Sachen „Fauler Pelz“: Das Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe will einen zentralen Beschluss des Heidelberger Gemeinderats kassieren. Anfang Juni hatten die Stadträte einstimmig entschieden, den Bauantrag des Landes Baden-Württemberg zur Einrichtung eines Maßregelvollzugs in dem stillgelegten Altstadt-Gefängnis für ein Jahr zurückzustellen. Damit sollten die Pläne von Sozialminister Manne Lucha (Grüne) durchkreuzt werden, in dem Gebäude, das dem Land gehört, für drei Jahre psychisch kranke Straftäter unterzubringen.

Lucha akzeptierte das nicht und wandte sich an das Regierungspräsidium: Als obere Bauaufsichtsbehörde solle dieses die Stadt gezwungen überstimmen und dazu zwingen, den Bauantrag weiter zu prüfen. Das RP beabsichtigt nun, genau das zu tun – und begründet dies in einem Schreiben an die Stadt: „Das Regierungspräsidium sieht in der drohenden Freilassung von Strafgefangenen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, und bejaht damit (...) einen besonderen öffentlich-rechtlichen Handlungsbedarf.“ Lucha, der stets betont, dass Straftäter auf freien Fuß gesetzt werden müssten, wenn der „Fauler Pelz“ nicht interimsmäßig für den Maßregelvollzug genutzt, hatte sich in seinem Antrag nach Paragraph 37 des Baugesetzbuches berufen: Darin steht sinngemäß, dass die der Kommune überordnete Verwaltungsbehörde – in diesem Fall das Regierungspräsidium Karlsruhe – in Bausachen die Planungshoheit einer Kommune einschränken kann, wenn wichtige öffentliche Zwecke des Landes oder des Bundes entgegenstehen. Diese „wichtigen öffentlichen Zwecke“ sieht das RP offensichtlich bei Lucha-Plänen als erfüllt an.

Heidelbergs Baubürgermeister Jürgen Odszuck (CDU) reagierte auf die RNZ-Anfrage am Mittwoch mit Unverständnis: „Inhaltlich ist das für uns aktuell schwer

nachzuvollziehen. Das Regierungspräsidium kündigt an, explizit in die kommunale Planungshoheit einzugreifen und der Landesregierung eine baurechtliche Sonderstellung einzuräumen.“

Tatsächlich ist eine Entscheidung nach Paragraph 37 Baugesetzbuch offenbar extrem selten. Eine RP-Sprecherin erklärt auf RNZ-Nachfrage, es lägen zwar keine näheren Statistiken vor, aber: „Im Regierungspräsidium Karlsruhe sind zumindest aus den letzten zehn bis 15 Jahren keine Entscheidungen nach Paragraph 37 Baugesetzbuch erinnerlich.“

Nähere Begründungen will die Karlsruher Behörde aktuell nicht abgeben, weil sie der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am kommenden Dienstag in Heidelberg nicht vorgehen will. Dort nämlich werden auf Initiative des RP die beiden Leiter von dessen Baurechtsreferat den Stadträte erklären, warum sie deren einstimmigen Beschluss von Anfang Juni

kassieren wollen. Bürgermeister Odszuck begrüßt das: „Es ist angemessen, dass ein Vertreter der Behörde diese Position vor dem Stadtentwicklungsausschuss erläutert, bevor das RP eine abschließende Entscheidung fällt.“ Auch die Stadtverwaltung werde den Austausch mit dem Regierungspräsidium abwarten, bevor man gemeinsam mit dem Gemeinderat das weitere Vorgehen festlege.

Dieses weitere Vorgehen, sobald das RP seine Ankündigung offiziell umsetzt, ist allerdings ziemlich klar: Denn in dem einstimmigen Beschluss von Anfang Juni hatte der Gemeinderat die Stadt bereits beauftragt, eine Klage zu prüfen, falls das Regierungspräsidium in dieser Sache zugunsten Luchas entscheiden sollte.

Eine solche Klage beim Verwaltungsgericht hätte aufschiebende Wirkung. Bis zu einer endgültigen rechtlichen Entscheidung, ob die Stadt Manne Luchas Bauantrag zurückstellen darf, könnte der Sozialminister sein altes Gefängnis also nicht weiter zu einem Interimsstandort für den Maßregelvollzug umbauen.

Stadt wird wohl klagen

Uniklinikum will grüner werden

Treibhausgase reduzieren – Auch Lieferketten im Fokus

RNZ/Jul. Das Universitätsklinikum Heidelberg will den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren. CO₂-Äquivalente von mindestens 6000 Tonnen zu senken, ist das Ziel des Projekts „Klimaschutz in Kliniken durch Optimierung der Lieferketten“ des Instituts für Global Health am Uniklinikum. Dazu arbeitet es mit dem Institut für Energie- und Umweltforschung zusammen. Das Projekt wird vom Bundesumweltministerium drei Jahre lang mit 210 000 Euro gefördert.

Welchen Treibhausgasausstoß verursachen die verwendeten Materialien und Medikamente – von der Herstellung über den Transport bis hin zur Entsorgung? Was schwer exakt zu berechnen ist, macht einen guten Teil der Emissionen im Gesundheitssektor aus. Die Projektpartner entwickeln nun einen Treibhausgas-Rechner speziell für Krankenhäuser, der die Emissionen unter anderem aus den sogenannten Lieferketten miteinbezieht. Mit Hilfe des Rechners können erfolgversprechende Klimaschutzmaßnahmen benannt, erprobt und ausgewertet werden.

Zur Ermittlung des exakten Treibhausgasausstoßes gilt es zunächst, die Daten zusammenzutragen. Vorläufige Berechnungen ergeben einen Jahresausstoß von circa 240 000 Tonnen CO₂-Äquivalenten im Jahr 2019. Die Reduktion der Treibhausgase soll über Änderungen von Produkten, Medikamenten und Speisen, über Recycling sowie Patienten- und Mitarbeitermobilität erreicht werden.

Auch andere Krankenhäuser der Stadt engagieren sich für die Klimaschutz. So hat das vergleichsweise kleine Salem-Krankenhaus im vergangenen Jahr eigenen Aussagen nach geschätzt 700 Tonnen CO₂-Äquivalent eingespart – was rund zehn Prozent seiner gesamten klimaschädlichen Emissionen entspricht.

Neues Tourismus-Konzept stieß auch auf Kritik

Wenig Besucher bei Vorstellung in der Bahnstadt – Zweifel an der Nachhaltigkeit

Von Sarah Hinney

Vielleicht war es das schöne Wetter, vielleicht der gewählte Ort, vielleicht die sperrige Überschrift, vielleicht waren es auch alle Faktoren zusammen, die am späten Dienstagmittag nur eine überschaubare Anzahl von Interessierten zur Vorstellung des neuen Destinationsleitbildes der Stadt lockte. Knapp 30 Personen kamen – überwiegend Menschen, die vom Tourismus in der Stadt direkt betroffen sind, weil sie entweder von ihm profitieren oder unter ihm leiden. Gerade weil die Diskrepanz zwischen deren Interessen so groß war, schloss sich an die Präsentation von Jan Kobernuss, Geschäftsführer der Agentur IFT Freizeit- und Tourismusberatung GmbH, die das Tourismuskonzept federführend begleitet, eine kontroverse Diskussion im Bürgerhaus Bahnstadt an.

Das neue Destinationsleitbild für Heidelberg enthält nicht nur eine lange Wunschliste, sondern soll für die Akteure im und rund um den Tourismus einen Handlungsrahmen bis 2035 vorgeben. Es dient auch als Selbstverpflichtung, die selbst gesteckten Nachhaltigkeitsziele einzuhalten. Erarbeitet wurde der Entwurf von Mitgliedern des Gemeinderats, städtischen Vertretern, Wirtin, Hoteliers, Gäste Führern, dem Stadtteilverein Alt-Heidelberg und der Initiative „Leben in der Altstadt“, der Universität, der IHK und dem Stadtjugendring (die RNZ berichtete).

Bei der Vorstellung wurde nun deutlich, dass sich manche Geister schon in den grundlegenden Fragen scheiden. Während Heidelberg Marketing-Geschäftsführer Mathias Schiemer zu Beginn be-

griff der Nachhaltigkeit stieß ihm bitter auf. „Sie reden ständig von Nachhaltigkeit und haben ständig dagegen verstoßen. Was die Welt und die Natur kaputt macht, ist das Wachstum“, so Bujard. Er sei deshalb „total unzufrieden“ mit den Ansätzen des Konzepts.



Wie Tourismus bis 2035 in Heidelberg aussehen soll, das zeigt ein neues Leitbild. Foto: Philipp Roth

Auch andere Besucher empfanden das Konzept als widersprüchlich. „Ich finde es paradox. Sie sagen, wir können uns nicht aussuchen, wie viele Leute kommen. Und auf der anderen Seite tun Sie alles, damit

noch mehr kommen“, äußerte eine Bürgerin und spielte damit auf Ziele wie den Bau eines neuen Parkplatzes für Touristenbusse oder den Ausbau der Bergbahn an. Altstadt-Bezirksbeirat Gerd Gutermann (GAL) forderte, global zu denken und lokal zu handeln und sich deshalb auch Gedanken darüber zu machen, wie sich Flugtourismus ausbremsen lasse. Er erinnerte überdies daran, dass Ukraine-Krieg und Klimawandel in den nächsten Jahren für große Probleme sorgen würden.

Aber es gab auch positive Stimmen. Sigrid Drescher bringt Interessierten seit Jahrzehnten als Gästeführerin Heidelbergs Geschichte nahe und war eine derjenigen, die sich bei der Veranstaltung begeistert zeigte: „Ich fand das Skript wirklich fantastisch!“ Dass hinter der Erarbeitung des neuen Leitbildes viel Arbeit und Engagement steckt, bezweifelte außerdem niemand. Die Mehrzahl der Besucher wirkte allerdings skeptisch, was die politische Umsetzung im Sinne der Nachhaltigkeit betrifft. Das äußerte sich auch in leisem Lachen und Augenverdrehen aus den Zuschauerreihen während der Präsentation, die Kobernuss am Ende unter dem Titel „Der Mensch steht im Mittelpunkt“ zusammenfasste.

Mathias Schiemer ließ sich von all dem nicht aus der Ruhe bringen und gab den Kritikern bisweilen sogar recht. Dabei zeigte er sich aber pragmatisch: „Wenn wir drei von zehn Punkten in den nächsten Jahren umsetzen, dann ist das gut. Und wenn wir in diesem Leitbild festgeschrieben haben, dass Nachhaltigkeit dabei im Vordergrund steht, dann haben wir einen Handlungsrahmen.“

Gabriel über den Ukraine-Krieg

An diesem Donnerstag in der Aula der Neuen Universität

RNZ: „Worüber soll mit Wladimir Putin verhandelt werden? Über die Größe des Teils der Ukraine, die er sich mit Gewalt einverleiben darf? Wohl kaum!“, fragte Sigmar Gabriel im RNZ-Gespräch (RNZ vom Mittwoch) – und gab die Antwort gleich selbst. An diesem Donnerstag, 23. Juni, um 18.30 Uhr, ist der SPD-Politiker und ehemalige Außenminister auf Einladung des Deutsch-Amerikanischen Instituts (DAI), in der Aula der Neuen Universität, Universitätsplatz 1, zu Gast.

Unter dem Titel „Putins Krieg und die Zeitenwende“ spricht er mit Rüdiger von Fritsch unter anderem über die Fragen: Was treibt Russlands Diktator an? Wie groß ist der Widerstand gegen ihn und wer kann ihn stoppen? Was geschieht mit der Ukraine?

Rüdiger von Fritsch ist deutscher Diplomat im Ruhestand. Von 2014 bis 2019 war er Botschafter Deutschlands in Russland. 2022 erschien sein Buch „Zeitenwende: Putins Krieg und die Folgen“. Es moderiert Christoph von Marschall, Diplomatiker Korrespondent der Chefredaktion „Der Tagesspiegel“.



Sigmar Gabriel. Foto: dpa



Rüdiger von Fritsch. F. J. Gern

Info: Karten gibt es online zum Preis von 9,90 (ermäßigt 5,90) Euro unter www.dai-heidelberg.de. Aufpreis an der Abendkasse.